

## Dänen-Dach für Blaubeurer Software-Firma

Keine Übernahme, sondern „strategische Fusion“. Unter dem Dach der dänischen DdD-Retail will der Blaubeurer Software-Anbieter NTS wachsen.

THOMAS STEIBADLER

**Blaubeuren.** Das Software-Unternehmen NTS in Blaubeuren, spezialisiert auf Programme für den Textil- und Schuh-Einzelhandel, firmiert jetzt als DdD-Retail Germany. Der neue Name kommt vom neuen Eigentümer, der dänischen DdD-Retail mit Sitz in Køge. Wie Christoph Rahmann von der Geschäftsleitung in Blaubeuren betont, handle es sich nicht um eine Übernahme durch die Dänen, sondern um eine „strategische Fusion zweier erfolgreicher Firmen“. Beide hätten den Zusammenschluss angestrebt. Die Unternehmen seien in denselben Märkten tätig und verstünden sich als perspektivische Partner. An Personaleinsparung – DdD Dänemark beschäftige etwa 35 Mitarbeiter, in Blaubeuren arbeiteten etwa zehn – sei nicht gedacht. Die frühere NTS-Betriebsstruktur werde weitgehend beibehalten. Durch die Zusammenarbeit könnten nun „zwei Systemwelten zu einer“ verschmolzen werden. Außerdem erhoffe sich das Unternehmen, dass die Entwicklungszyklen für neue Software verkürzt werden, sagt Rahmann: „Es steckt einfach mehr Power dahinter.“ Ferner könne das Blaubeurer Unternehmen jetzt auch Hardware, also Geräte, anbieten. In absehbarer Zeit werde der Sitz von DdD-Retail Germany in Blaubeuren bleiben. Weil das Unternehmen aber ein deutliches Wachstum anstrebe und möglicherweise weitere Mitarbeiter eingestellt würden, könne sich die Standortfrage in drei bis fünf Jahren durchaus stellen.

Außer dem Namen sind auch die Eigentumsverhältnisse und die Unternehmensform neu. Aus der NTS GmbH ist eine Aktiengesellschaft geworden. Jürgen Frasch, 1991 Mitbegründer, hat die Firma verlassen. DdD, 1989 gegründet, ist nach eigenen Angaben in mehr als zehn Ländern Europas vertreten, hat Niederlassungen in Dänemark, Deutschland, Schweden und Norwegen. Nach der Fusion mit NTS würden mehr als 1600 Kunden mit insgesamt 2500 Kassensystemen betreut.



Kurt Wörner, Ayten Sagir, Petra Bosch, Christa Reif und Prof. Ulrich Hemel sprechen am runden Tisch über den Bildungsfonds.

# Wörner: Jeder Etat zählt

## Wenige Bürger bei Auftaktveranstaltung des Bildungsfonds

**Sehr willkommen sei ein regionaler Bildungsfonds Laichinger Alb, hieß es unisono zum Auftakt des Experiments. Aber bei bildungsfernen Schichten fehle mehr als Geld, um etwas zu bewegen, sagten Expertinnen.**

WERNER GALLBRONNER

**Laichingen.** „Einen regionalen Bildungsfonds Laichinger Alb – braucht’s den noch?“ Bürgermeister Friedhelm Werner fasste in Worte, was sich wohl mancher Laichinger dachte, als er von dem „Experiment“, wie es der Initiator Professor Ulrich Hemel nennt, hörte. Angesichts der bestehenden Bürgerstiftung Laichinger Alb, Sparkassenfonds oder Häberle-Fonds, die sich alle auch im Sozial- und Jugendbereich engagieren. Bei der Auftaktveranstaltung zum Bildungsfonds am Mittwoch im Alten Rathaus, zu der sich neben den geladenen Gästen aber nur wenige Interessierte eingefunden hatten, bejahte Werner seine Frage sogleich: Der neue Fonds, der sozial schwächere Schüler etwa bei notwendiger Nachhilfe,

Klassenausflügen, Schulwegkosten oder Beschaffung von Lernmaterial unterstützen will (wir berichteten), sei eine gute Ergänzung zu den anderen, setze doch jeder andere Schwerpunkte, auch wenn es teils Schnittmengen gebe.

Unterstützt wird die neue Initiative des Instituts für Sozialarbeit und der CDU auch von den anderen Stiftungen, wie deren Vertreter erklärten. Professor Siegfried Häberle war selbst zwar nicht anwesend, steuerte aber schon mal 1000 Euro als ersten Baustein bei.

Die Laichinger Schulen seien „sehr glücklich, dass es diesen Fonds jetzt gibt“, sagte ihr Sprecher Kurt Wörner. Es gebe zwar neben den genannten Stiftungen noch die Elternkasse, „wir können aber jeden weiteren Etat brauchen“. Oft gehe es um kleinere Beträge, um etwas aufzufangen, zu überbrücken, da sei rasche unbürokratische Hilfe gefragt, erläuterte Gesamtelternratsvorsitzende Beate Fink. Ihre Hoffnung: Manche stellen über den Fonds Zeit zur Verfügung, etwa um Nachhilfe zu geben.

Gleichzeitig müsse die außerschulische Bildung verstärkt gefördert werden, sagte Christa Reif vom

Verein Lindentreff. „Die Meisten, die abhängen, sehen für sich keine Chance. Für die ist es extrem schwer, Bildung in Anspruch zu nehmen.“ Familienarbeit sei gefragt. Denn es brauche Mütter und Väter, die sich darum kümmern, dass ihre Kinder regelmäßig zur Schule, Musikschule, zum Vereinstreff oder Sport gehen. Schulsozialarbeiterin Petra Bosch stimmte dem zu: Noch mehr als an Geld fehle es an Motivation der Kinder und Eltern. Eine positive Meldung gab es dazu von Ayten Sagir. Unter den türkischen Kindern habe sich in den vergangenen Jahren einiges getan, auch wenn immer noch zu wenige türkischstämmige Schüler auf Realschule oder Gymnasium gingen, sagte deren Gesamtelternsprecherin.

„Ein regionaler Bildungsfonds geht alle an, da ist jeder Beitrag – ob 2, 5, oder 10 Euro – willkommen“, unterstrich Hemel sein Anliegen, ihn auf breite Füße zu stellen. Auch die regionale Wirtschaft, die von „besserer Bildungsteilhabe“ Jugendlicher in der Raumschaft profitieren werde, soll mit ins Boot. Er wünsche sich, von allen ortsansässigen Firmen 200 Euro gespendet oder gestiftet zu bekommen, sagte Hemel.

## INTERVIEW MIT BÜRGERMEISTER WERNER

### Mobilfunkbetreiber reicht Klage ein

Gericht entscheidet über Antenne im Westen Machtolsheims

**Der Mobilfunkbetreiber O2 will mit Hilfe der Gerichte einen Mobilfunkmasten nahe des westlichen Machtolsheimer Ortsrands erzwingen. Bürgermeister Friedhelm Werner bezieht für die Stadt Stellung.**

THOMAS SPANHEL

*Die Firma O2 will Klage erheben, weil Ortschaftsrat und Stadt ihr den Bau eines Mobilfunkmastens im Westen von Machtolsheim „Hinter dem Stiegel“ untersagt haben. Was kommt auf die Stadt zu?*

FRIEDHELM WERNER: Telefonica O2 hat beim Verwaltungsgericht Sigmaringen Klage gegen das Land Baden-Württemberg wegen Versagung einer Baugenehmigung eingereicht. Beklagte ist also das Land Baden-Württemberg – aber wir, das heißt die Stadt Laichingen, wurden per Beschluss des Gerichtes in Sigmaringen zu dem Verfahren beigegeben. O2 möchte, dass der Widerspruchsbescheid aufgehoben und das Land verpflichtet wird, die Baugenehmigung zu erteilen.

*Wie wird die Stadt darauf reagieren?* WERNER: Natürlich werden wir an diesem Prozess teilnehmen und uns gut vorbereiten. Mit dem Rechtsanwalt Dr. Heer haben wir einen fundierten Experten auf dem Gebiet des Baurechtes, der auch im Bereich des Mobilfunks über hervorragende Sachkenntnis verfügt.

*Wie schätzen Sie die Chancen der Stadt ein, eine Mobilfunkantenne auf dem von O2 beantragten Standort im Rechtsstreit zu verhindern?*

WERNER: Wie das Verwaltungsgericht in Sigmaringen entscheiden wird, dass kann man überhaupt nicht vorhersagen. Wir haben uns sehr gut vorbereitet, haben externen Sachverstand eingeschaltet. Letztendlich wird uns das Gericht sagen, ob wir zu Recht oder zu Unrecht unser Einvernehmen zum Bauantrag versagt haben. Dieses fehlende gemeindliche Einvernehmen kann nämlich nur das Gericht ersetzen – nicht aber die Widerspruchsbehörde, das heißt das Regierungspräsidium Tübingen.

*Was empfehlen Sie den Machtolsheimern im weiteren Verfahren?*

WERNER: Zunächst empfehle ich,

über der ganzen Mobilfunkdiskussion in Machtolsheim den Dorffrieden nicht ernsthaft zu gefährden. Argumente und Meinungen gilt es zu akzeptieren und um die beste Lösung zu ringen. Ganz konkret kann ich nur empfehlen, standhaft zu bleiben und keine Funkantenne auf einem Dach mitten im Dorf zuzulassen. Das wäre die schlechteste aller Möglichkeiten, und wir hätten viel Geld quasi umsonst ausgegeben. Ehrlich gesagt kann es aber auch nicht sein, dass in Zukunft alle Antennen auf einem Standort im Westen von Machtolsheim konzentriert werden. Das wäre eine sehr einseitige und auch topographisch ungünstige Lösung. Sie belastet einseitig einen großen Teil der Machtolsheimer Bevölkerung – und das überdurchschnittlich. Eine gerechtere Verteilung und geringere Belastung



Friedhelm Werner: Die Stadt ist auf das Rechtsverfahren gut vorbereitet, das Ergebnis ist offen.

mit Elektrosmog durch GSM- und UMTS-Antennen für ganz Machtolsheim wäre nur durch Zurverfügungstellung des über 30 Meter hohen Wasserturmes zu erreichen. Diese Möglichkeit hat der Ortschaftsrat mehrfach abgelehnt. Als Verbandsvorsitzender der Albgruppe II habe ich aber zugesagt, dass die Albgruppe den Wasserturm nur bei positivem Votum des Ortschaftsrates zur Verfügung stellen wird. Diese Zusage gilt nach wie vor.

## Rechtsgutachter befragt

**Rechtsanwalt Dr. Reinhard Heer,** Fachanwalt für Verwaltungsrecht, hat für die Stadt Laichingen ein Rechtsgutachten darüber erstellt, welche Möglichkeiten die Stadt besitzt, um große Mobilfunkantennen dort aufzustellen, wo sie von der Bevölkerung am ehesten akzeptiert werden. Der Gutachter stellte fest, dass es höchstens aus gestalterischen Gründen möglich sei, dass der Ortschaftsrat an einzelnen genau festgelegten Stellen den Aufbau von Mobilfunkantennen verhindert.